

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Ein „historischer Fortschritt?“

Als SPD-Abgeordnete habt ihr die Verantwortung:

Stimmt mit NEIN – gegen die Gesundheits„reform“!

ALS DRITTEN „politischen Durchbruch“ feiern die Spitzen von CDU/CSU wie SPD den am 12. Januar von der Großen Koalition erzielten „Kompromiss“ zur Gesundheitsreform.

Ein „Durchbruch“ wofür und für wen?

„Wir brüsten uns mit einer Versicherungspflicht für 200.000 Leute und lassen zu, dass die Versorgung von 70 Millionen verschlechtert wird“, so ein Bundestagsabgeordneter der SPD. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sieht „jede Menge Sprengstoff“ durch die Insolvenzregelung für die Kassen. Das kann Millionen Versicherte schlagartig um ihren Versicherungsschutz bringen, fürchten die Chefs der AOK.

Man erkennt „die SPD in der Reform nicht wieder“, so der Arzt und SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg. Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck, der vor kurzem davor gewarnt hat, mit der „Reform“ politik die „Grenzen der Zumutbarkeit zu überschreiten“, begrüßt jetzt den Reform-Kompromiss als positiven und „endgültigen Durchbruch“.

„Durchbruch“? – wenn die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen für 72 Millionen Versicherte in Deutschland nicht mehr den Anforderungen der Krankenversorgung für alle, sondern nur noch den politischen Vorgaben der Kürzung von Ausgaben und Leistungen entsprechen kann;

– wenn die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen, über Jahrzehnte tragende Säule des Systems der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland, durch die Ausweitung der Zuzahlungen und die Einführung eines Zusatzbeitrages allein für die Versicherten weiter aufgebrochen wird;

– wenn die Krankenkassen systematisch unterfinanziert und in einen Wettlauf um Billigtarife, um Billigversorgung getrieben werden, in dem sie pleite gehen können?

Franz Müntefering, SPD-Minister in der Großen Koalition, meint, den Kompromiss als einen „historischen Fortschritt“ deklarieren zu müssen.

„Historischer Fortschritt“? – Das Recht der arbeitenden Bevölkerung, aller Mitglieder der Gesellschaft, auf verantwortliche Krankenversorgung und ihren Schutz vor sozialer Not im Krankheitsfall wurde von den ArbeitnehmerInnen mit ihren Gewerkschaften und der SPD als eine wirklich fortschrittliche historische Errungenschaft in der Nachkriegszeit erkämpft.

Diese Demontage heute als „fortschrittlich“ verkaufen zu wollen – und das im Namen der SPD –, kann bei SozialdemokratInnen, kann in der Arbeiterbewegung und bei den ArbeitnehmerInnen nur als Provokation ankommen, die zu Recht auf die Münteferings zurückfallen wird.

Sind es nicht die Merkel, die CDU/CSU und die Unternehmer- und Wirtschaftsverbände, die sich im Verein mit der EU-Kommission in Brüssel dafür beglückwünschen können, dass mit diesem „Kompromiss“ ein entscheidender Schlag gegen einen zentralen Pfeiler des Sozialstaats in Deutschland gelingt? Hat nicht Merkel offen bekundet, dass sie diese „Reform“ in Deutsch-

land braucht, um sie unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für alle Länder in Europa durchzusetzen?

Mehr als 3.000 haben den Offenen



220.000 am 21. 10. 06: Sie sagen Nein zur Gesundheits„reform“

Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ unterzeichnet. Hunderttausende ArbeitnehmerInnen, die Gewerkschaften, zahlreiche SPD-Mitglieder und Gewerkschafts- und SPD-Gremien haben die Aufforderung an die SPD-MdBs, diese „Reform“ abzulehnen, unterstützt. Mit zunehmendem Entsetzen und Wut müssen sie heute erleben, wie Müntefering und Beck die SPD den Zwängen der Großen Koalition unterwerfen wollen, die unter der Fuchtel der EU die „Reform“ politik bis zu Ende treiben soll; wie sie die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag unter Druck setzen und ihre Zustimmung zum „Reform“kompromiss verlangen.

Für die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag kann es nur eine Verantwortung geben: Diese „Zumutungen“ müssen zurück gewiesen werden!

CARLA BOULBOULLE

In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!

In allen Ländern Europas erleben wir heute, dass das öffentliche Gesundheitswesen und das soziale Sicherungssystem angegriffen werden. Soll diese dramatische Situation nichts mit den Beschlüssen zu tun haben, die täglich von der EU gefasst werden und die von allen europäischen Regierungen umgesetzt werden sollen? Die Verantwortlichkeit der EU für diese überall gleichzeitig stattfindenden Maßnahmen ist offensichtlich.

IN DIESER Situation haben Delegierte der Europäischen Konferenz am 25./26. Februar 2006 in Berlin, an der politisch engagierte ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen aus 15 europäischen Ländern teilgenommen haben, die Initiative für einen Alarmaufruf ergriffen.

Schon Anfang Januar, d.h. innerhalb weniger Tage, hatte dieser Aufruf 126 Unterschriften aus 8 europäischen Län-

dem erreicht. Mittlerweile sind es allein in Deutschland 72 UnterzeichnerInnen.

Ärzte und Ärztinnen, Krankenhausbeschäftigte und GewerkschafterInnen aus ganz Europa zeigen an Hand von Tatsachen, dass sich in ihren jeweiligen Ländern das öffentliche Gesundheitswesen und das soziale Sicherungssystem, die bis jetzt in unterschiedlichen juristischen Formen den gleichen Zugang zur Versorgung für alle Bürger in ihren Ländern garantiert haben, in Auflösung befinden.

Am 31. März soll eine Delegation 1000e Unterschriften, die in den verschiedenen europäischen Ländern gesammelt werden sollen, und eine Anklageschrift der EU-Kommission überreichen.

„Wir haben es tagtäglich mit Dramen zu tun, die überhaupt nicht vom Schicksal bestimmt sind. Dramen, die es noch bis vor kurzem in allen unseren Ländern nicht gab. Das gilt auch in den osteuropäischen Ländern, die heute den Richtlinien der Europäischen Union unterworfen sind. Die Bürger, die Ärzte, die Kranken, die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die Völker Europas, haben ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren“, schreiben sie in dem Alarmaufruf.

„Wir fordern deshalb in aller Dringlichkeit, von den Verantwortlichen der Institutionen der Europäischen Union empfangen zu werden, die die ‘Reformen’ koordinieren, von denen wir mit voller Wucht getroffen werden. Wir bitten sie, uns einen Gesprächstermin zu geben und unsere Fragen zu beantworten. Denn die Völker haben das Recht zu erfahren, wer entschieden hat, ihr Recht auf Gesundheit in Frage zu stellen, und

warum.“

Alle UnterzeichnerInnen des Alarmaufrufs sind eingeladen, sich an der Ausarbeitung des Memorandums, das wir in Brüssel überreichen werden, zu beteiligen.

Schickt Eure Beiträge, Berichte und gesammelten Unterschriften, damit wir eine wirklich gemeinsame europäische Kampagne führen und für die Organisation des Widerstands in jedem Land kämpfen können.

Ein erster Brief an die UnterzeichnerInnen des Aufrufs ist jetzt erschienen. Außerdem werden in dem Europäischen Bulletin »Für eine Europäische Arbeitnehmerverbindung« weitere Ausarbeitungen und Dokumente zur Situation des Gesundheitswesens aus verschiedenen europäischen Ländern veröffentlicht. Das Bulletin, sowie der Brief und der Alarmaufruf selbst, können über die Adresse der Redaktion bezogen werden.

Am 27. Januar 2007 laden die TrägerInnen der Initiative für den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ zu einer Veranstaltung ein.

Auf dieser Veranstaltung, an der Delegierte der UnterstützerInnen und TrägerInnen dieser Initiative aus verschiedenen Regionen Deutschlands und ein französischer Gewerkschaftskollege aus dem Gesundheitswesen teilnehmen werden, wird über die Situation im Gesundheitswesen in ganz Europa, über die Ausweitung der Kampagne um den europäischen Alarmaufruf und die Vorbereitung der Delegation zur EU-Kommission diskutiert werden.

(Weitere Informationen über die Redaktion.) – c.b.

Zum Inhalt:

**Nein zur Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens in ganz Europa!
DELEGATION ZUR EU**

**Kampagne für das
NEIN der SPD-MdB
zur Gesundheitsreform“**

**ZUM „BLEIBERECHT“:
Angriff auf Arbeitnehmerrechte**

**VENEZUELA:
Verstaatlichung von Strom und
Telekommunikation**

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

**NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS:
26. 01. 07**

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie
@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und
Mitteilungen bitte an diese Adresse
schicken. / www.soziale-politik-und-
demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg:
Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im
Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto):
50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement:
30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

Henning Frey (SPD, GEW)

**Über 3000 UnterzeichnerInnen unter den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten,
eine breite Ablehnung aus Gewerkschaften und SPD!**

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Gesundheitsreform ab!

Wir wenden uns an die SPD-Bundestagsabgeordneten:

Stimmt am 2. Februar im Bundestag mit NEIN zur Gesundheitsreform

Hunderttausende ArbeitnehmerInnen, die Gewerkschaften, Tausende SPD-Mitglieder und zahlreiche SPD- und Gewerkschaftsgremien haben in der letzten Wochen gegen die Gesundheitsreform protestiert.

Am Freitag, den 12. 01., meldeten die Koalitionsspitzen erneut einen „Durchbruch“ bei den Verhandlungen, das dritte Mal bereits!

Franz Müntefering nannte das Koalitionsergebnis einen „historischen Durchbruch“ – für die Arbeitnehmer, die Versicherten, die Ärzte und Beschäftigten im Gesundheitswesen und für die Patienten und ihre Angehörigen ist es ein historischer Einbruch!

Die Einigung in der Regierung steht im krassen Gegensatz zu den Bekundungen des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck, der erst vor Weihnachten davon gesprochen hatte, dass die „Reformen“ die Grenze der Zumutbarkeit erreicht hätten – eine Grenze, die nach Ansicht der Betroffenen natürlich schon lange überschritten ist.

Wir haben als SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen aus NRW einen Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten gerichtet und sie zum NEIN zur Gesundheitsreform aufgefordert. Er wurde bisher von mehr als 3.000 UnterzeichnerInnen unterschrieben. Die Initiative hat im Rheinland ein Echo gefunden, in Köln, Düsseldorf und Leverkusen, Düren und Bonn, aber auch in Berlin, Brandenburg, Leipzig, in Hessen und in Thüringen und anderen Bundesländern.

Viele GewerkschaftskollegInnen in verantwortlichen Positionen, in Vorständen auf Bezirks- und Landesbezirksebene sind unter den UnterzeichnerInnen, viele SozialdemokratInnen, insbesondere Mitglieder aus der AfA, Delegierte auf Unterbezirksparteitagen der SPD, Delegierte der AfA und SPD-Ortsvereinsvorstandsmitglieder. Zu den UnterzeichnerInnen gehört auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemein-

schaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Ottmar Schreiner.

In SPD- und Gewerkschaftsorganen haben wir als SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen mit dem Offenen Brief eingegriffen und uns für Erklärungen und Briefe an die SPD-MdBs mit der Aufforderung, diese „Reform“ abzulehnen, eingesetzt.

Wir fragen den SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck: Du bist SPD-Parteivorsitzender. Du hast wie wir alle erlebt, wie die SPD seit der Agenda 2010 Zehntausende von Mitgliedern verloren hat. Trotz der Empörung über Schröder haben Millionen von SPD-Wählern eine schwarz-gelbe Regierung verhindert und den „Reformen“ eine Absage erteilt: Dessen ungeachtet hat die Große Koalition die „Reformpolitik“ fortgesetzt. Vor wenigen Tagen hast Du erklärt, dass diese „Reformen“ der Bevölkerung viel zugemutet hätten und dass der Bogen „arg“ angespannt worden sei. Jetzt begrüßt Du den Kompromiss mit der CDU/CSU! Was, glaubst Du, sollen die Leute davon halten?

Glaubst Du nicht, dass die das als Zynismus empfinden müssen, wenn man die „Zumutungen“ durch die

„Reformen“ beklagt, es gleichzeitig aber schlimmer weiter gehen soll als zuvor? Deshalb sagen wir Dir: Die Gesundheit der Bevölkerung darf kein Gegenstand für Zynismus sein! Stopp die „Zumutungen“, ruf die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, bei der Abstimmung am 2. Februar mit Nein zu stimmen!

Niemand wird an der Entschlossenheit der Regierung der Großen Koalition zweifeln, ihr Programm der arbeitnehmerfeindlichen, unsozialen Reformen durchzuziehen, aber die Einigung der SPD-Vertreter im Koalitionsausschuss mit den Spitzen der CDU/CSU heißt noch lange nicht, dass die große Mehrheit der Organisationen, weder der Gewerkschaften, noch der SPD, dieser „Reform“ zustimmen, ganz zu schweigen von der großen Mehrheit des Volkes.

Deshalb halten wir daran fest und rufen alle auf, massiv zu mobilisieren und für das Nein der SPD-Abgeordneten einzutreten. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün hat bei einem Gespräch mit Trägern des Offenen Briefes zu Beginn der letzten Woche darauf hingewiesen, dass selbst die Diskussion in der Fraktion noch lange nicht beendet sei!

**WIR LADEN EIN am Samstag, den 27. Januar 2007, 15.30 Uhr,
zu einer Versammlung von Unterstützern des Offenen Briefs
an die SPD-Bundestagsabgeordneten
in Köln, Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3**

- Mit Delegationen und Vertretern der Unterstützer und Träger des Offenen Briefes aus Berlin, Leipzig, Hessen und Thüringen.

- Mit einem französischen Gewerkschaftskollegen aus dem Gesundheitswesen.

Wir wollen dort auch über die Situation im Gesundheitswesen in ganz Europa diskutieren. Wir sind der Überzeugung, dass wir das öffentliche und soziale Gesundheitswesen nur gemeinsam in ganz Europa verteidigen können. Wir sind der Überzeugung, dass die Zerstörung des Gesundheitswesens auf die Vorgaben, Richtlinien und Eingriffe der EU zurückgeht.

Deshalb wollen wir den europäischen Aufruf für die Verteidigung des Gesundheitswesens von Kollegen aus Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Portugal und Spanien in unser gemeinsames Handeln einbringen. Er lädt zur Vorbereitung einer Delegation zur EU ein, weil damit die Wahrheit über diese skandalöse und demokratisch in keiner Weise legitimierte Politik öffentlich wird.

Michael Altmann

Hessen: Fragen an die SPD-Abgeordneten zur Gesundheitsreform

MEIN SPD-Ortsverein und die AfA Hessen-Süd haben sich an unsere SPD-Abgeordneten gewandt, mit der Aufforderung, der Gesundheitsreform nicht zuzustimmen.

Bisher haben wir keine Antwort erhalten. Das erste Problem in unserer Partei besteht darin, dass unsere eigenen Abgeordneten nicht bereit sind, ihr Abstimmungsverhalten über die Gesundheitsreform zur Diskussion und zur Entscheidung zu stellen – und das vor dem Hintergrund, dass die Gesundheitsreform eine tiefgreifende Veränderung der Grundlagen unseres Gesundheitswesens zur Konsequenz hat.

Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrem Neujahrsinterview im »Handelsblatt« positiv dargestellt, dass die Gesundheitsreform ein entscheidender Schritt für die „Senkung der Lohnnebenkosten“ und die „Abkopplung von den Arbeitskosten“ sei. Es geht um die schrittweise Abkopplung der Finanzierung des Gesundheitswesens von der solidarischen Beitragsfinanzierung hin zur Ausweitung der Steuerfinanzierung über den Gesundheitsfonds, und damit die Enteignung der Versicherten über die Ausschaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Wir treten als SozialdemokratInnen dagegen für den Erhalt des solidarischen, paritätisch finanzierten Gesundheitswesens ein, das aber bereits jetzt über Eigenbeteiligungen und die Herausnahme von Zahnersatz und Krankengeld aus dem solidarischen Gleichgewicht gerät. Das muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Die Einführung der Elemente des Wettbewerbs, die im Widerspruch zum solidarischen Prinzip stehen, führt bereits jetzt zu einer Kommerzialisierung des Gesundheitssystems auf Kosten der Leistungen für die PatientInnen. Das wird durch die Gesundheits„reform“ noch verschärft.

Ein Beispiel:

Die neuro-orthopädische Reha-Klinik in Bad Orb wurde vor einigen Jahren von dem Gesundheitskonzern MediClin Aktiengesellschaft übernommen. Die Aktien von MediClin werden an der Börse gehandelt. Der Vorstand der AG ist stolz darauf, dass sie für 2005 die Gewinne um 25% steigern konnten. Hinter den Anteilseignern stehen private Versicherungsgesellschaften, an ihrer Spitze die „Münchner Rück“, die mittlerweile zu 60% von ausländischen Investoren, v.a. aus USA und Großbritannien, gehalten werden.

Die MediClin Aktiengesellschaft unterhält 7 Pflegeeinrichtungen, 2 „Medizinische Versorgungszentren“ (das sind Ärztehäuser) und 30 Kliniken, darunter 23 für den „postakuten“ Bereich (Reha) – eine davon ist die neuro-orthopädische Reha-Klinik in Bad Orb. MediClin hat ca. 6.900 Beschäftigte, 92,2% der Einnahmen kommen aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung (BfA) und gesetzlichen Krankenversicherung – also schon der Einstieg in die Umverteilung der Gelder des deutschen Sozialen Sicherungssystems an das internationale Finanzkapital über die Börse. Das ist die sogenannte Konkurrenz der öffentlichen Träger mit den privaten Trägern des Gesundheitswesens.

Worin besteht die „Wirtschaftlichkeit“ des „Leistungsanbieters“ MediClin? Zwischen 2002 und 2005 wurden 10% des Personals abgebaut. Die Leistung pro verbliebenen Vollzeit-Beschäftigten wurde um fast 10% gesteigert. Besonders stolz ist man, dass der bisher defizitäre „Post-Akut“-Bereich nun schwarze Zahlen schreibt.

Was bedeutet das aber konkret? Natürlich eine Leistungsverdichtung des medizinischen und pflegerischen Personals. Trotz aller Bemühungen des Personals bleibt weniger Zeit für die PatientInnen. In der ersten Dezember-Woche z.B. führte eine Grippewelle beim Personal dazu, dass viele Reha-Maßnahmen nicht durchgeführt werden konnten, weil keine genügende Krankheitsvertretung vorhanden ist. Eine der vielen Konsequenzen des Personalabbaus und der Einführung der Wirtschaftlichkeit im Gesundheitssystem auf Kosten der PatientInnen.

Peter Friedrich, SPD-MdB und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bun-

destags, erklärte auf einer Veranstaltung des „netzwerk.ffm“ Mitte Dezember 2006, dass es unverantwortlich sei, der Gesundheitsreform nicht zuzustimmen, weil dann die 200-300.000 Nicht-Versicherten aus der Krankenversicherung ausgeschlossen blieben.

Ist es nicht möglich, eine allgemeine Versicherungspflicht einzuführen? Brauchen wir dafür diese systemverändernde Gesundheitsreform?

Gleichzeitig hat Peter Friedrich betont, dass der Beitragswettbewerb der Krankenkassen zugunsten des „Vertragswettbewerbs der Leistungserbringer“ gefördert werden soll.

Heißt das nicht, dass die Krankenhäuser und Reha-Zentren noch „wirtschaftlicher arbeiten“ und damit weiter am Personal auf Kosten der Betreuung der PatientInnen sparen müssen, wie in der MediClin Bad Orb?

Muss diese Entwicklung nicht vielmehr gestoppt und rückgängig gemacht werden?

Müssen die PatientInnen nicht wie Menschen anstatt als „DRGs“ behandelt werden?

Wir sind überzeugt: Diese Gesundheits„reform“ hält diese verheerende Entwicklung nicht auf, sondern befördert sie noch.

Deshalb dürfen Abgeordnete, die sozialdemokratische Politik vertreten sollen, dem nicht zustimmen! Wie Dr. Wolfgang Wodarg (SPD-MdB) festgestellt hat: „Das Gesundheitswesen ist wichtiger als eine große Koalition.“

Michael Altmann, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit im AfA-Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd

Pressedienst der SPD Hessen-Süd
– 13. Januar 2007

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

AfA Hessen-Süd fordert hessische Bundestagsabgeordnete auf, der Gesundheitsreform nicht zuzustimmen

Der Bezirksvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) Hessen-Süd hat sorgfältig und über mehrere Sitzungen, das Konzept der Gesundheitsreform, die bereits im April 2007 in Kraft treten soll, beraten. Im Vorfeld der Probeabstimmung innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion am kommenden Montag wendet sich der Bezirksvorstand daher

nochmals an die hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, dieser Gesundheitsreform nicht zuzustimmen.

„Die Gesundheitsreform bedeutet eine grundlegende Veränderung des deutschen Gesundheitswesens, die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht gut geheißt werden kann“, so Michael Frischkorn, Vorsitzender der AfA Hessen-Süd. (...)

„Als sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft halten wir am solidarischen, paritätisch finanzierten Gesundheitswesen fest. Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, diesem Systemwechsel nicht zuzustimmen. Dabei ist unsere Solidargemeinschaft wichtiger als der Erhalt einer großen Koalition.“

Köln, den 10. 01. 2007: Zusammenfassung des Gesprächs zwischen Lale Akgün, SPD-MdB, und Vertretern der Initiative um den Offenen Brief »SPD-Abgeordnete – Stimmt mit Nein!«

AM MONTAG, den 8. 01. 2007, fand im SPD-Bürgerbüro in Köln-Sülz ein Gespräch zwischen der SPD-Bundestagsabgeordneten Lale Akgün und Kölner Vertretern der Initiative um den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten statt. Stellvertretend für die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Offenen Briefes nahmen Henning Frey und Barbara Venator teil, außerdem war noch der Bundestagsmitarbeiter von Lale Akgün, Bernhard Erkelenz, bei dem Gespräch zugegen. Zum Zeitpunkt des Gespräches waren bei den Initiatoren des Offenen Briefes in Köln und anderen Städten nahezu 3000 Unterstützungsunterschriften eingegangen.

In dem Gespräch begründete Henning Frey die Forderung des Offenen Briefes. Er nannte, dass aus der Sicht der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner durch die Gesundheitsreform der Regierung der Großen Koalition das solidarische Gesundheitssystem in Deutschland und die gesetzliche Krankenversicherung in ihrer Existenz bedroht sind. So werde durch den Gesundheitsfonds und den geplanten Zusatzbeitrag die Selbstverwaltung in der GKV de facto außer Kraft gesetzt und ihre paritätische Finanzierung definitiv beendet. Die Milliardenkürzungen bei den Krankenhäusern



Lale Akgün, SPD-MdB

und den niedergelassenen Ärzten bedrohen das Recht auf Gesundheit der Versicherten und Patienten. Barbara Venator wies auf die verheerenden Folgen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen in der Form von Stellenabbau in den Krankenhäusern, Ausgründungen, Privatisierungen oder Aushebelung von Tarifverträgen hin.

Aus diesem Grunde unterstrichen sie im Namen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs die dringende Notwendigkeit der Ablehnung der Gesundheitsreform durch die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten.

Lale Akgün berichtete, dass die Dis-

kussion in der SPD-Bundestagsfraktion noch nicht abgeschlossen sei. Auf der nächsten Fraktionssitzung am kommenden Montag, den 15. 01., stehe die Reform auch auf der Tagesordnung. Für die SPD-Abgeordneten seien in der Diskussion die Parität bei der Finanzierung und die Solidarität innerhalb der GKV zentrale Themen. Sie teilte viele Bedenken hinsichtlich des Gesundheitsfonds und der Kürzungen bei den Krankenhäusern.

Sie berichtete, dass es innerhalb der parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion eine starke Kraft gebe, die sagt: „Wir müssen die Gesundheitsreform ablehnen, weil die Leute, die uns vertrauen, sie nicht wollen.“ Sie selbst werde sich eine abschließende Meinung nach Vorlage der endgültigen Fassung der Gesundheitsreform bilden.

Am Ende des Gesprächs erklärte sich Lale Akgün bereit, sich bei der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Elke Ferner dafür einzusetzen, dass eine Delegation der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Offenen Briefes auf Bundesebene von der Fraktionsführung empfangen werde.

Einen Austausch darüber wird es in den nächsten Tagen geben.

HENNING FREY

Axel Zutz (SPD, AfA-Landesvorstand) Diskussion unerwünscht.

Bericht von einer Veranstaltung mit der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt

DIE Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten hatten zu einer Diskussion über die Gesundheitsreform eingeladen. Doch eine Diskussion gab es nicht, schon gar nicht eine sozialdemokratisch-politische über den Charakter, Sinn und Zweck der Reform.

Der große Hörsaal in der Berliner Charité war voll bis auf den letzten Platz, mehr als 300 Menschen waren erschienen, um die Gelegenheit zu nutzen, die Bundestagsabgeordneten mit ihren Fragen und Sorgen zu konfrontieren.

Aber bereits das Fragen wurde ihnen von einem Moderator abgenommen, der die von ihm ausgewählten, schriftlich einzureichenden Fragen in seinen eigenen Worten vortrug, Nachfragen durften schon gar nicht gestellt und Positionen ebenso wenig vorgetragen werden. Geantwortet hat regelmäßig die neben den Bundestagsabgeordneten anwesende SPD-Gesundheitsministerin Ulla

Schmidt, die Abgeordneten selbst schwiegen sich aus.

So geriet die Veranstaltung unter laufenden Kameras großer Fernsehsender zu einer Wir-haben-alles-im-Griff-Demonstration der Exekutive unter zynischer Missachtung der trotz aller Schönfärberei zum Ausdruck gekommenen Widersprüche und Kritiken.

Mehrere Teilnehmer im Saal hatten die Frage angesprochen, „Was ist, wenn meine Krankenkasse pleite geht?“ Ulla Schmidt ließ keinen Zweifel daran, dass sie an einer Reduzierung der Krankenkassen interessiert ist. „Bürokratieabbau“ wird der gewünschte Arbeitsplatzabbau, aktuell arbeiten bei den Kassen 165.000 Mitarbeiter, von ihr genannt.

Eine körperlich behinderte Frau, der bereits jetzt schon tagtäglich weniger bewilligt wird, kritisierte die Aufhebung der freien Wahl der Orthopädietechnik und die zwingende Wahl des billigsten

Anbieters. Ein Hartz-IV-Empfänger sorgte sich über die drohenden zusätzlichen Zahlungen, die ihn jetzt schon zum Verzicht und Ausschluss vom sozialen Leben zwingen. Ein ver.di-Mitglied kritisierte das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und ein durch den gewollten Wettbewerb drohendes 2-K(1)assen-System auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Eine Rentnerin fürchtete unter Tränen, dass sie wichtige, aber teurere Rheumamedikamente nicht mehr bekommen wird. Diese Befürchtungen und Ängste sind keineswegs aus der Luft gegriffen, und sie wurden auch nicht ausgeräumt. Oder ist es eine Perspektive für einen Hartz-IV-Empfänger, wenn man ihm anbietet die Kasse zu wechseln, falls seine bisherige einen Zusatzbeitrag verlangt, den er von seinem Armutsgeld nicht zahlen kann? Ist es eine Perspektive für die ArbeitnehmerInnen, wenn man

(Forts. S. 6 links)

Großdemonstration nach Berlin ...

Die „Reform“ zumutung kann gestoppt werden!

Brief im Auftrag des ver.di-Vorsitzenden Bsirske

In einer E-Mail an die Erstunterzeichner/-innen des Offenen Briefes an Michael Sommer (siehe Nr. 155) teilt ver.di mit, dass Frank Bsirske „sehr daran interessiert (ist), zu erfahren, was genau an Aktionen in Folge des 21.10. in Euren Betrieben läuft, seien es außerordentliche Betriebsversammlungen, die evtl. auch mal länger als ein paar Stunden dauern, z.B. vielleicht einmal mehrere Tage am

Stück (was rein rechtlich ja durchaus möglich ist) – z.B. mit der Einladung von Bundestags- oder Landtagsabgeordneten in diese Versammlung, damit sich diese Eurer Diskussion stellen –, oder eben auch Mitglieder- und Vertrauensleute-Versammlungen, evtl. öffentlich auf freien Plätzen unter Einbeziehung der vorbeikommenden Bürgerinnen und Bürger stattfinden oder zu denen z.B. auch Abgeordnete eingeladen werden, um Rede und Antwort zu stehen.

Davon ausgehend stellen wir uns gerne der Diskussion, was wir gemeinsam

– ihr, eure Kolleginnen und Kollegen und wir – einschätzen, wie viele Menschen ihr und wir zu einer evtl. darauf folgenden, weiteren Großdemonstration nach Berlin organisieren können und ob wir damit mehr erreichen als mit großflächigen Aktionen in den Betrieben, die über den Druck auf die Arbeitgeber Druck auf die Politik ausüben, und/oder vor Ort in Veranstaltungen mit einzelnen Abgeordneten, die sich so direkt und konkret unserem gemeinsamen Widerstand stellen müssen.“

Es liegt in der Verantwortung der Gewerkschaften Antwort von H.-W. Schuster

»Lieber Kollege Bsirske,

vielen Dank für die Antwort auf den Dir zugeleiteten Offenen Brief an Michael Sommer. Einige Formulierungen der Antwort haben zu Irritationen geführt, auf die ich kurz eingehen möchte. Der Offene Brief wurde, wie man den Angaben zu den Unterzeichner/-innen entnehmen kann, von zwölf Kolleginnen und Kollegen unterschrieben. Wir sind Mitglieder der IG Metall oder unserer Organisation, ver.di, und außerdem – zum Teil – Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD. Wir sind also Mitglieder von Organisationen der Arbeiterbewegung und keine – wie auch immer

geartete – Organisation für sich. Wie kann man angesichts dieser Verhältnisse von „Ihr und wir“ schreiben? Wie kann man angesichts dieser Initiative, die aus den Reihen der Organisationen selber kommt, so tun, als müsse auf der Basis einer Bilanz zunächst geklärt werden, was „wir“ und „Ihr“ – jeweils – zu mobilisieren in der Lage sind, „wie viele Menschen ihr und wir zu einer evtl. darauf folgenden, weiteren Großdemonstration nach Berlin organisieren können“?

Im Offenen Brief wurden ausgehend von der Einschätzung, dass die Erklärung des Kollegen Sommer vom 21. 10. in Stuttgart richtig ist („das ist das, was die Kolleginnen und Kollegen erwarten“), Fragen aufgeworfen. Unter anderem und abschließend die Frage, „ist nicht heute die entsprechende Form, die unser Widerstand annehmen kann,

der vereinte Marsch aller in den DGB-Gewerkschaften nach Berlin, damit dieses ‚Paket vom Tisch kommt‘, das Millionen von uns aus der Gesundheitsversorgung katapultieren wird?“

Die Berechtigung dieser Frage leitet sich ab von der Einschätzung, dass es angesichts der massiven Ablehnung, die das sgn. GKV-Wettbewerbstärkungsgesetz in breitesten Teilen der Bevölkerung provoziert hat, notwendig und vor allem möglich ist, diesen Protest nach Berlin, zum Sitz der Regierung, zu führen.

Wer, wenn nicht unsere Organisationen, die freien und unabhängigen Gewerkschaften des DGB, haben dazu die Kraft? Wer hat die Verantwortung, zu solch einer Demonstration aufzurufen, wenn nicht Du und die übrigen Kolleginnen und Kollegen der Vorstände der DGB-Gewerkschaften?

Es geht vor diesem Hintergrund auch nicht um ein „entweder – oder“. Entweder „Großdemonstration nach Berlin ... oder vor Ort in Veranstaltungen“ den Protest organisieren.

Jedem gewerkschaftlich und politisch Handelnden ist klar, welche Bedeutung eine Demonstration, zu der von den Gewerkschaftsbünden national aufgerufen und mobilisiert wird, in der Hauptstadt hat, egal ob sie Paris, Rom oder Berlin heißt. Nichts spricht als Mittel der Mobilisierung und zur Vertiefung der Auseinandersetzung, zur Verschaffung von Klarheit usw. gegen Veranstaltungen vor Ort – die z.B. in Düsseldorf von der AfA, also aus den Betrieben und Verwaltungen heraus getragen, gegenüber den SPD-Abgeordneten gefordert und von SPD-Gremien beschlossen wurde, sowie an zahlreichen anderen Orten und sowie in ver.di- und anderen

(Forts. S. 7 oben)

Diskussion unerwünscht. (Forts. von S. 5)

ihnen sagt, dass sie bis zu einer Höhe von 4,99 Prozent zu Zusatzbeiträgen verpflichtet werden können, bevor auch die Arbeitgeber wieder mit zur Finanzierung herangezogen werden?

Was die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten an diesem Abend nicht gefragt werden konnten, da keine politische Debatte stattfinden sollte, war, ob sie die solidarische und paritätisch finanzierte Gesundheitsversorgung aufs Spiel setzen wollen? Ob sie der CDU und ihrer Kanzlerin Merkel sowie den Unternehmerverbänden und den Privaten Kassen den Gefallen tun wollen, die Tendenz zum 2-Klassen-System zu verstärken? Ob sie nicht die Sorgen und Proteste aus der Bevölkerung, den Gewerkschaften und aus den eigenen Reihen hören? Ob sie

nicht ihrer Verantwortung und ihrem Mandat nachkommen wollen, d.h. die Gesundheitsreform ablehnen werden? Haben sie die Abwahl der Agenda-2010-Politik und ihres Kanzlers Schröder schon vergessen?

Vor und während der Veranstaltung unterschrieben 75 PatientInnen und Beschäftigte der Charité den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“. Die Berliner TrägerInnen dieser Initiative beschlossen nach der Veranstaltung, sich erneut mit einem Brief an die Berliner SPD-Abgeordneten zu wenden, und sie aufzufordern, eine Delegation im Namen der ca. 1.400, die allein in Berlin den Offenen Brief unterzeichnet haben, zu empfangen.

Großdemonstration nach Berlin ... (Forts.von S. 6)

Gewerkschaftsgliederungen auch. Aber sie können zu keinem Zeitpunkt, auch nicht in der Addition, die Kraft entwickeln, die die großen Demonstrationen der Gewerkschaften im DGB, die sich auf die Mobilisierung der Betriebe und Verwaltungen stützen, entwickeln können.

Gewerkschaftsverantwortliche haben die Antireform zum Gesundheitswesen verurteilt. Ein Jahr lang Proteste und vielfältige Aktionen haben demonstriert, dass die große Bevölkerungsmehrheit, dass unsere Gewerkschaftsmitglieder diese zerstörerische „Reform“ nicht wollen. Das zeigen nicht zuletzt die vom DGB organisierten Demonstrationen von 220.000 am 21. 10. 06.

Gibt es einen Zweifel, dass eine zentrale Demonstration in Berlin diese „Reform“ zumutung stoppen kann? Wer das will und kann – hat der nicht den Auftrag und die Verpflichtung für ihre Durchführung?

Die Verantwortlichen des DGB und ihrer Einzelgewerkschaften haben die Mittel dafür und den Auftrag.

Die Zeit drängt. Der Bundestag soll, bleibt der Fahrplan bestehen, spätestens am 2. 2. 07 die „Reform“ beschließen. Die Regierung der Großen Koalition muss, einen Monat, nachdem sie die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, dieses Gesetz durchsetzen, um die Ziele, die die Kommission vorgegeben hat, umzusetzen. Die Ziele der Kommission sind klar. Sie hat sie im „Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2007“ (KOM(2006) 629 endg., 24. 10. 06) formuliert: „In einem Weißbuch

zur Gesundheitsstrategie wird dargelegt, wie Europa im Gesundheitsbereich tätig werden kann. Es soll dazu beitragen, die Gesundheitspolitik in Europa so effizient wie möglich zu gestalten, um ... Gesundheit zu fördern und einen Beitrag zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit zu leisten.“

Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz und eine Gesundheitspolitik in Europa als „Beitrag zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit“ bedingen einander.

Anders ausgedrückt: Gelingt es uns, die Umsetzung des Kurses der Großen Koalition in Deutschland zu verhindern, indem diese Antireform vom Tisch kommt, helfen wir zugleich allen Versicherten, Kolleginnen und Kollegen in Europa.

Auch deshalb gehört die Demonstration vor dem 2. 2. nach Berlin!«

Dokument

Neuer Angriff der Politik auf die Beschäftigten der gesetzlichen Krankenkassen! Pleiten von Krankenkassen sollen ermöglicht werden!

VER.DI-INFO

Um was geht es? Versteckt zwischen 542 Seiten stellt der Referentenentwurf zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (WSG) die Welt der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Kopf.

Lapidar heißt es in § 171 b: „Abweichend von § 12 Abs. 1 Nr. 2 der Insolvenzordnung ist über das Vermögen einer Krankenkasse das Insolvenzverfahren zulässig.“

Was sich vielleicht zunächst harmlos liest, gleicht einem Erdbeben. Genau genommen wird den Krankenkassen der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts genommen. Es gelten die Regeln der Privatwirtschaft. Eine Katastrophe für die Beschäftigten bei den Krankenkassen, wenn dieses Vorhaben Gesetzeskraft erlangen sollte.

Abgesehen von dem drohenden Arbeitsplatzverlust für zigtausende von Kolleginnen und Kollegen, ist selbst ihre Altersversorgung gefährdet.

Betriebsrenten und Pensionsansprüche stehen auf dem Spiel, wenn ihre Kasse pleite macht. (...)

Andere Kassen könnten praktisch durch einen Dominoeffekt ebenfalls zahlungsunfähig werden, weil sie für die Altschulden insolventer Kassen ihres Kassensystems haften müssten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr seht, die Gefahr für die Arbeitsplätze und den Bestand der gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht vorüber, sie ist eher noch dramatischer geworden.

Ver.di wird auch diesen Angriff auf



Krankenkassen fordern Abkehr von Gesundheitsreform

den Sozialstaat mit allen Mitteln bekämpfen.

Die Demonstrationen zum DGB-Aktionstag am Samstag, 21. 10. 2006, waren ein voller Erfolg. Unser Widerstand ist jedoch weiter gefordert.

Dazu brauchen wir Eure Unterstützung.

Wehren wir uns!

Anm.: Auch nach der Einigung der Regierung der Großen Koalition vom 12. 1. 07 sollen alle Krankenkassen zukünftig insolvenzfähig sein, erklärte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. Dazu sind noch weitere Besprechungen mit den Ländern geplant.

Kann es eine andere Antwort und Verantwortung der ver.di-Führung wie der DGB-Führung und der aller Einzelgewerkschaften geben, als die Organisation einer zentralen Demonstration in Berlin noch vor der Abstimmung zur Gesundheitsreform Anfang Februar, so wie es u.a. die ver.di-Bezirkskonferenz Berlin gefordert hat?

Wäre das nicht die wirksamste Form der Abwehr dieses Angriffs auf den Sozialstaat? (d.Red.)

„Die SPD-Abgeordneten sind aufgefordert, den Maßnahmen zur sozialen Zerstörung die Zustimmung zu verweigern!“

INTERVIEW mit **Paul Paternoga**, IG-Metall-Betriebsratsvorsitzender und SPD/AfA-Unterbezirksvorsitzender von Siegburg

Frage: Was hat Euch bewogen, Karl Lauterbach einzuladen?

Paul Paternoga: Zunächst einmal waren uns im Betriebsrat die Konsequenzen dieses Sozialabbaus im Gesundheitswesen klar. Weiterhin gab es bereits am 19. Juni 2006 eine Resolution des Vorstandes der IG Metall mit dem Fazit: „...Diese "Reform" läuft auf die politische Zerstörung der sozialen Krankenversicherung hinaus.“ Gleichzeitig werden darin die Vertreter der SPD aufgefordert, zu den zentralen Eckpunkten der Bürgerversicherung zu stehen, die Abgeordneten der Großen Koalition aufgefordert, den Maßnahmen zur Zerstörung der sozialen Krankenversicherung die Zustimmung zu verweigern.

An uns Betriebsräte erfolgte am 23. 6. die Aufforderung, im BR-Gremium und den Belegschaften das Vorhaben der Großen Koalition zu diskutieren und Briefe an Merkel, Kauder, Müntefering und Struck zu schreiben. Das hatten wir auch rasch getan. Von den CDU-Vertretern gab es nicht einmal eine Antwort, Ottmar Schreiner hingegen hatte unserem Brief voll zugestimmt und angemerkt: „Weitere Belastungen der Arbeitnehmer sind nicht hinnehmbar.“

Wir selbst hatten die Idee – die auch von der IG Metall empfohlen wurde –, den „Orts“-Bundestagsabgeordneten einzuladen. Zwei Tage später hatten wir die Zusage aus dem Büro Lauterbach.

Frage: Was sagst Du dazu, dass Kurt Beck zwar die Reformen als „Zumutung“ bezeichnet, die Gesundheitsreform, die Rentenreform, die Senkung der Unternehmenssteuern usw. aber noch durchsetzen will?

Paul Paternoga: Es ist Lafontaine zuzustimmen, wenn er sagt, dass namentlich Müntefering schamlos die Bevölkerung belügt. Tatsächlich stimmt die Volksvertretung gegen die Mehrheit des Volkes. Zwischen 1993 und 2003 hat das reichste Viertel der Bevölkerung im Osten sein Nettogeldvermögen um 85,5 und das im Westen um 27,5 Prozent vergrößert. Parallel sank es für das untere Viertel im Westen um 49,5 und im Osten um 21 Prozent. Man kann es als – negatives – Zusammenwachsen bezeichnen. Würde die Regierung die Unternehmensgewinne und großen Vermögen heute in gleichem Umfang besteuern wie 1990, dann hätte sie Mehreinnahmen von 81 Milliarden Euro, hat der Politologe Eißel ausgerechnet.

Die Aussage Becks ist einerseits das

Erkennen der SPD-Führung, dass die einseitigen Arbeitnehmerbelastungen politisch bei den Arbeitnehmern nicht mehr akzeptiert werden und sich hier etwas gerade gegen die SPD-Führung als ehemalige Interessenvertreterin der ArbeitnehmerInnen zusammenbraut.

Andererseits ist die SPD-Führung nicht gewillt, den Kampf gegen die Vorgaben der EU, – die ja von IWF, Weltbank, OECD und WTO gesteuert wird –, aufzunehmen. Nur so ist jedoch das internationale Finanzkapital mit der dahinter stehenden Regierung in Washington einzuschränken, auch zur US-Haushaltssanierung. Die Verhinderung der „Gesundheitsreform“ wäre ein Signal, auch für andere Länder der EU. Ohne dieses Signal werden weitere Forderungen aus der EU-Kommission für „notwendige Reformen“ („die Reformen müssen immer weiter gehen“, so der ehemalige US-Finanzminister Snow) kommen.

Frage: Aus den Gewerkschaften heraus wird vom DGB gefordert, zu einer neuen zentralen Demonstration aufzurufen. Der Kollege H.-W. Schuster hat dazu ein Schreiben an den DGB-Vorsitzenden Sommer formuliert. Hältst Du als Metaller und Sozialdemokrat diese Initiative für richtig und angebracht, und

entspricht sie auch der Diskussion der IG Metall?

Paul Paternoga: Ja, diese Demonstration ist überfällig. Gerade jetzt, unmittelbar vor der Entscheidung im Bundestag voraussichtlich Anfang Februar, ist dieser Druck erforderlich. Gerade auch, weil vielen mit und nach den Demonstrationen am 21. Oktober erst klar geworden ist, was diese „Reformen“ tatsächlich bedeuten. Die Kolleginnen und Kollegen sind infolge der Diskussionen in den Gewerkschaften und Betrieben bewusster geworden.

Die Spitze der IG Metall hat den Schwerpunkt der politischen Agitation auf das Thema Rente mit 67 gelegt. Es wäre gut und aus der Aktualität heraus wichtig, die „Gesundheitsreform“ verstärkt – wie auch schon zu Beginn der IG-Metall-Aktionen – zu bekämpfen.

Es gibt eine sehr breite Widerstandsfrente gegen die Gesundheits„reform“. Eine zentrale, vom DGB und den Einzelgewerkschaften organisierte Demonstration wäre einer der wichtigsten Beiträge, um die Gesundheitsreform zu stoppen. Eine solche Schwächung der Politik der Regierung der Großen Koalition würde helfen, ihre gesamte Anti-Reformpolitik zu bekämpfen. So kann auch der Kampf gegen die Rente 67 am besten geführt werden.

Hans-Joachim Zimmer (ver.di)

Heuschrecken in Deutschland

(Gedanken anlässlich der Renten„reform“)

DIE AGENDA 2010 brachte neben sehr vielen Verschlechterungen für die Arbeitnehmer auch empfindliche Änderungen der Alterssicherung: Die gesetzliche Rente für Neurentner wurde im Interesse der Minderung der Arbeitgeberanteile der sogenannten „Lohnnebenkosten“ auf einen Bruchteil der bisherigen Altersrente gesenkt. Um für das Alter ein auskömmliches Einkommen nach bisherigem Standard zu erzielen, werden unterschiedliche Sparprogramme empfohlen. Die Altersvorsorge soll zunehmend „kapitalgestützt“ sein, die in Form von Versicherungsverträgen angespart wird.

Dies ist ein Versuch, aus Sozialversicherungen Sachversicherungen zu machen. In der Folge stürzt sich die ganze Assekuranz-Branche auf dieses neue, regierungsamtlich befohlene

Geschäft. Viele Bürger misstrauen den regierungsamtlichen Sirenentönen und wollen oder können den empfohlenen Weg nicht gehen. Folglich wurde bereits mehrfach laut über einen gesetzlichen Zwang zum Abschluss solcher Verträge nachgedacht. Darüber hinaus soll die geringe Höhe der staatlich gewährleisteten Rente die Bürger zwingen, ihr eigenes Alterseinkommen durch den Abschluss privater Versicherungsverträge zu sichern.

Neben dem Produkt „Riester-Rente“ (das auch von den Gewerkschaften empfohlen wird) bieten die Banken eine ganze Reihe weiterer Produkte an. Das bekannteste darunter ist die Betriebsrente. Daneben gibt es noch die Aktiensparrente, den Rentensparvertrag und viele mehr. Es ist bestimmt lohnend, die ange-

(Forts. S. 9 oben)

Heuschrecken... (Forts. von S. 8)

botenen Versicherungen im Einzelnen auf Vor- und Nachteile zu untersuchen. Das würde aber den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen.

Allen Produkten sind viele Nachteile gemeinsam: Für Provisionen, Abschlussgebühren und andere „Vertragsnebenkosten“ werden seit der Privatisierungswelle während der ersten zwei Vertragsjahre die Prämienzahlungen verwendet. Davon erfährt der Kunde zwar nichts, aber seine eingezahlten Mittel werden im Leistungsfall um zwei Jahresbeiträge gekürzt. Hinzu kommt eine miese Rendite von höchstens 1,5% und die Unsicherheit der Leistungshöhe.

Alle einschlägigen Verträge umfassen die Klausel, dass die endgültige Leistungshöhe von der wirtschaftlichen Situation zum Zeitpunkt der Fälligkeit abhängt. Ein weitgehender Schutz der Sparer vor Ausfällen durch Insolvenzen oder Geschäftsschließungen wird weder gesetzlich noch vertraglich in ausreichender Höhe geboten. Damit ist bei Beginn der Vertragslaufzeiten nicht erkennbar, ob und in welcher Höhe eine Versicherung den erstrebten Erfolg

sichern kann. Ein Ruhen der Verträge bei Arbeitslosigkeit oder prekären Einkommenssituationen wird nur in den seltensten Fällen vereinbart.

Die Leistung sieht allgemein zwei Formen vor: Einmal die Barauszahlung bei Fälligkeit, zum Anderen die Verrentung der eingezahlten Beträge einschließlich der aufgelaufenen geringen Verzinsung. Beide Formen sind mit großen Nachteilen verbunden. Die Zahlung der monatlichen Rente endet mit dem Tod des Kunden, nicht ausgeschöpfte Beträge behält die Versicherung; sie sind nicht vererbbar. Besonders lukrativ ist diese Bestimmung nach Wirksamwerden der Altersgrenze mit 67. Da die Prämien im Laufe der Ansparzeit steuerfrei gestellt werden, müssen die gesamten Rentenleistungen im Alter voll versteuert werden.

Bei der Barauszahlung der Leistung nach Erreichen der Altersgrenze wird der gesamte Betrag sofort steuerpflichtig. Da mit „Eckrentnern“ kalkuliert wird, die etwa 40 Jahre lang an ihre Verträge gebunden werden sollen, kann die Versicherungswirtschaft langfristig mit sicheren Milliardenzuflüssen rechnen,

deren Bedeutung dem Sparer niemals klar wird.

Alle diese Nachteile waren bei den früheren Verfahren nicht vorhanden; sie werden jetzt erst bei Erreichen der Altersgrenze oder beim vorzeitigen Tod des Versicherten deutlich.

Die Frage bleibt: Was passiert mit diesem vielem Geld in der Hand einiger Weniger, wobei der eigentliche Eigentümer keinerlei Einfluss ausüben darf? Eine Antwort fand ich in der Presse, insbesondere in den Spiegel-Ausgaben Nr. 51/06, 52/06 und 01/07. In diesen Ausgaben wird in bemerkenswerter Ausführlichkeit auf die Tätigkeiten von „Finanzierungs-“, oder „Beteiligungsgesellschaften“ eingegangen.

Die Verwalter entziehen diese enormen Mittel dem Einfluss der Beitragszahler für alle Zeit. Sie benutzen die zur Verfügung gestellte finanzielle Macht, um Firmen aller Größenordnungen aufzukaufen, auszupressen und zu zerschlagen. Den Preis für die so zu erzielenden hohen Gewinne zahlen die ArbeitnehmerInnen, d.h. die Beitragszahler (= Werteschaffende) über Lohnsenkungen und Entlassungen. Die Folge ist eine immerwährende Arbeitslosigkeit.

Udo Eisner (Demokratische Linke Berlin, IGM)

Der Acht-Stunden-Tag. Ein Traum aus alter Zeit?

DIE »Süddeutsche Zeitung« berichtet am 8. Dezember 2006: „1,5 Millionen Deutsche sichern ihren Lebensunterhalt durch Mehrfach-Jobs, das sind 600.000 mehr als noch vor drei Jahren!“ Das sind Arbeitsverhältnisse, die nicht mehr kontrollierbar, regulierbar sind und weder gewerkschaftlicher noch arbeitsrechtlicher Aufsicht unterliegen. Von der Einhaltung von Arbeitszeiten ganz zu schweigen; wöchentliche Arbeitsstunden von 50 bis 60 kommen bei dieser Form der Arbeitsverrichtung leicht zusammen.

Aber nicht nur in diesem Bereich ist die 40-Stunden-Woche, ganz zu schweigen von 37 oder 38 Stunden, ein Traum. Auch im Bereich der „Neuen Medien“, der Informationstechnologie u.a., werden bei der Vereinbarung der Festgehälter Arbeitszeiten festgeschrieben, die die 40-Stunden-Woche als Mindestarbeitszeit voraussetzen. Das wird unter dem Mantel der Freiheit der Arbeitsgestaltung, der Innovation und der Öffnung von Leistungsspielräumen verkauft, und nicht als das, was es schlicht ist – Ausbeutung.

Jungen Informatikern, Ingenieuren, Wissenschaftlern und anderen Berufsgruppen in den modernen Zweigen der Volkswirtschaft wird so eine innovative Arbeitswelt vorgegaukelt, die in der Wirklichkeit darauf ausgerichtet ist, die

Ausbeutung zu maximieren. In diesem Kontext werden wie selbstverständlich Gewerkschaften als fortschritts- und innovationsfeindlich diffamiert und unter dem Deckmantel „Wir sitzen alle in einem Boot“ aus Unternehmen, unter Verkennerung der eigentlichen Machtverhältnisse, herausgehalten oder herausgedrängt, von der Behinderung der Gründung von Betriebsräten ganz abgesehen. Aus Sicht von Unternehmern stimmt das sogar; Gewerkschaften sollten der Ausbeutung Einzelner Grenzen setzen und die Profitmaximierung behindern.

Die SPD-Oberen haben bei der Umsetzung von Agenda 2010 und der Einführung des ALG II zwar getönt „Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse“, nun haben wir sie, und ein Ende ist nicht abzusehen, der Armutsbericht lässt grüßen!

Und sie treiben eine neue Sau durchs Dorf. Investivlohn heißt die neue Zauberformel für angeblich mehr Gerechtigkeit. In Wirklichkeit ist es Lohnraub und der Versuch, die Interessenlage zwischen Arbeit und Kapital zu verschleiern. Die Erfahrungen mit der Kampagne für die Volksaktie in den 60er Jahren müssten bei den Sozialdemokraten eigentlich noch gut in Erinnerung sein.

Der Kleinaktionär stimmt zur Er-

höhung der Dividende in der Hauptversammlung für den Personalabbau – gegen seinen eigenen Arbeitsplatz! Das ist so recht nach dem Geschmack der Absahner in unserer Welt. Zu diesem Szenario passt auch die Aufhebung der Ladenöffnungszeiten, die die Beschäftigten im Einzelhandel in die Rechtlosigkeit treibt, familiäre Bindungen zerstört, Kinder ihrer Familie beraubt und den Anteil von Minijobs weiter erhöht. Diesen Unsinn fabrizieren Politiker, die medienwirksam den mangelnden Familienzusammenhalt und die Vernachlässigung der Kinder beklagen. Wissen sie, was sie tun?

Die Aufhebung der Ladenöffnungszeiten nutzt nur einer kleinen Gruppe von Handelskonzernen und einigen Schreihälsen aus der Yuppie-Szene, die das Einkaufen nicht mehr als Akt der notwendigen Bedarfsdeckung ansehen, sondern das „Shoppieren“ als Bestandteil der Spaßgesellschaft betrachten. Die volkswirtschaftlichen Nachteile dieser Entscheidung überwiegen bei weitem, aber den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft ist das volkswirtschaftliche Denken abhanden gekommen, bei ihnen zählen nur noch betriebswirtschaftliche Ergebnisse; eben – das schnelle Geld!!! (18. Dez. 2006)

Detlef Bahr (ver.di)

Große Koalition plant neues Bleiberecht:

Angriff auf die Tarifverträge und Arbeitnehmerrechte

S EIT JANUAR 2006 plant die Bundesregierung ein neues Bleiberecht für Ausländer in Deutschland. Die Große Koalition folgt damit der EU-Politik und den EU-Richtlinien, die im Namen der „Senkung der Arbeitskosten“ und der „Einheitlichkeit“ Änderungen bzw. Anpassungen der nationalen aufenthaltsrechtlichen und asylrechtlichen Bestimmungen an das EU-Recht vorschreiben.

Am 17. 11. 2006 verabschiedete die Innenministerkonferenz (IMK) einen Bleiberechtsbeschluss, der Grundlage für einen Gesetzentwurf der Bundesregierung werden soll, nachdem ein erster Gesetzentwurf der Bundesregierung im Januar 2006 auf Kritik und Ablehnung vor allem von Seiten der Gewerkschaften gestoßen war.

Unter dem Vorwand, „dem betroffenen Personenkreis ein gesichertes Aufenthaltsrecht gewährleisten zu können“, wird in diesem IMK-Beschluß folgendes geregelt:

Um eine zweijährige Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, müssen langjährig geduldete Ausländer eine Arbeit nachweisen, egal um welche Art von Arbeit es geht. Der Beschluß definiert ein „dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis“, das aus mehreren Verträgen bestehen kann. Dieses Beschäftigungsverhältnis muß den Lebensunterhalt einer Familie durch „eine legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen“ sichern können.

Die bisherigen Regelungen im deutschen Zuwanderungsgesetz haben es erlaubt, dass „geduldete Flüchtlinge“ (z.B. aus dem Kosovo-Krieg) durch staatliche Sozialleistungen über dem Existenzminimum in Deutschland leben konnten.

Der DGB-Migrationsexperte Volker Roßbocha sieht in den neuen Plänen, so wie sie im IMK-Beschluß festgelegt wurden, die Gefahr des „Tagelöhnerturns“, wenn es eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis ohne festes Aufenthaltsrecht geben wird. Duldung ist kein Recht, sondern Willkür, die jetzt Gesetz werden soll. Verschärfend kommt hinzu, dass Ausländer, die eine vierjährige Arbeitserlaubnis erhalten, diese nicht mehr ortsgebunden erhalten (Residenzregelung), sondern wohnortungebunden überall in Deutschland als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden können.

Damit wird den Unternehmen ein

Instrument in die Hand gegeben, ihre Stammebelegschaft noch weiter abbauen und durch billige Arbeitskräfte – ohne Tarifverträge – befristet ersetzen zu können.

Dabei können sie sicher sein, dass sie nur solche ausländische Arbeitskräfte

entkommen (die Bilder der „boat people“, die durch Schlepperbanden aus Afrika an die spanische Küste gebracht werden, tauchen immer wieder in den Nachrichtensendungen auf).

Doch diese EU-Richtlinien und ihre nationale (bzw. in Deutschland: regiona-



Demonstranten protestierten im November 2006 gegen die Innenministerkonferenz

erhalten, die durch die Mühlen der Ausländerbehörden alle Anordnungen, Verpflichtungserklärungen und Auflagen erfüllt haben, zu denen sie laut IMK-Beschluß verpflichtet werden: „Die Anordnungen der Ländern können vorsehen, dass Integrationsgespräche geführt und Integrationsvereinbarungen getroffen werden. Eine Aufenthaltserlaubnis bzw. Duldung kann dabei für einen Zeitraum von sechs Monaten erteilt werden.“

Hier sieht man wieder einmal, wie die Föderalismusreform wirkt: Auch in Sachen Ausländerrecht ist es Ländersache, wie die EU-Richtlinien umgesetzt werden.

Die geplanten Regelungen des Bleiberechts treffen als allererstes die Flüchtlinge und andere „geduldete“ ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien. Im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinien geht es darum, wie mit den Flüchtlingen in jedem EU-Mitgliedsland „umzugehen“ sei, die nach Europa kommen, um dem Elend in ihrem Land zu

le) Umsetzung definieren eine „Integrations“politik, die alle ArbeitnehmerInnen treffen soll: Nicht das gleiche Recht auf Arbeit, soziale und tarifvertragliche Sicherung, wie es die alte Forderung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist, soll Geltung haben, sondern die Ausweitung der Zahl von rechtlosen Tagelöhnern, Wanderarbeitern, Billiglöhnern und von staatlicher Willkür Abhängigen.

Wie heißt es so zynisch und simpel im IMK-Beschluß: „Der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, muß konsequent beendet werden.“ Der „Rest“ darf arbeiten: so billig wie möglich.

Tatsächlich wird darüber, dass die „geduldeten“ ausländischen ArbeitnehmerInnen faktisch – wie schon die „Ein-Euro-Jobber“ – zu ArbeitnehmerInnen ohne Rechte verurteilt wurden, der Angriff auf alle Errungenschaften und Rechte aller ArbeitnehmerInnen vorbereitet und organisiert.

Venezuela • Hugo Chavez startet eine neue Welle von Verstaatlichungen und entzieht der Zentralbank von Venezuela ihre Autonomie

Präsident Hugo Chavez hat am 8. Januar vor dem Parlament von Venezuela beantragt, ihm Sondervollmachten zu geben, um ein groß angelegtes Verstaatlichungsprogramm durchzuführen. Verstaatlicht werden sollen v.a. die Telekommunikationsfirma CANTV, der Stromversorger und mehrere andere Unternehmen aus dem Energiebereich.

Außerdem wurde das Ende der Unabhängigkeit der Zentralbank von Venezuela (BCV) verkündet. Finanzminister Nelson Merentes wurde zu diesem Zweck als Regierungsvertreter in den Rat der Gouverneure der Zentralbank entsandt.

In seiner Rede anlässlich der Amtseinführung seiner neuen Regierung hat der Präsident von Venezuela, Hugo Chavez, die Verstaatlichung aller Strom- und Telefonunternehmen angeordnet. Sie waren nach 1980 privatisiert worden.

„Die Nation muss das Eigentum über die strategischen Produktionsmittel zurückgewinnen. Alles, was privatisiert wurde, soll nationalisiert werden“, erklärte Chavez (im Kasten unten werden 2 wichtige betroffene Unternehmen beschrieben).

Die ausländischen Ölfirmen im Flussbecken des Orinoco (1) sind ebenfalls betroffen: „Jeder Rest privater Kontrolle im Energiebereich muss verschwinden“, so Chavez, und bezog sich „auf die Art und Weise, in der die internationalen Firmen die Verfügungsgewalt und Kontrolle über den gesamten Prozess der Verarbeitung des Rohöls aus dem Orinocobecken innehaben. All das muss Eigentum der Nation werden“, bekräftigte Chavez.

Die britische Zeitung »The Guardian« erinnert daran, dass „Chavez, der als Präsident für eine dritte Amtszeit bis 2013 vereidigt wurde, im vorigen Monat mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde“. Sie betont die Parallele mit „Kuba, einem der nächsten Verbündeten von Chavez in der Region, (das) seine wichtigsten Industrien kurze Zeit nach Castros Machtübernahme 1959 verstaatlicht hatte“, und „Bolivien, (wo) Evo Morales, ein weiterer Verbündeter von Chavez, im letzten Jahr nach seiner Regierungsübernahme Maßnahmen für die Verstaatlichung der Schlüsselsektoren ergriffen hat“.

Es ist eine Tatsache, dass sich auf

(1) Betroffen sind davon sechs Öl-Multis, darunter British Petroleum, Exxon Mobil und Total.

dem ganzen Kontinent die ArbeitnehmerInnen und Völker erheben: gegen eine Politik der Plünderung, der Mißachtung ihrer Souveränität und der Zerschlagung ihrer Nationen, wie sie

vom nordamerikanischen Imperialismus vorangetrieben wird. In Bolivien, in Ecuador, Mexiko und Brasilien mobilisieren sich Millionen in Wahlen und auf Demonstrationen, um zu sagen: „Wir wollen frei und souverän leben.“ Diese Bewegung verbindet sich in anderer Form mit der des amerikanischen Volkes, die die Politik von Bush und seinen schmutzigen Krieg ablehnt.

„Die Nation muss das Eigentum über die strategischen Produktionsmittel zurückgewinnen. Alles, was privatisiert wurde, soll nationalisiert werden“ (Hugo Chavez)

Chavez hat auch eine tiefgreifende Verfassungsreform angekündigt: „Wir müssen per Gesetz eine Art lokaler, regionaler und nationaler Konföderation der Gemeinde- und Stadträte schaffen



(...). Wir müssen einen Staat gestützt auf die Kommunen aufbauen. Der alte bürgerliche Staat, der noch weiterlebt, muss schrittweise abgebaut und der kommunale Staat errichtet werden.“

Zum Schluss kündigte Chavez das „Ende der Autonomie“ der Zentralbank von Venezuela (BCV) an. „Diese These, wonach die BCV autonom sein muss, stammt vom Neoliberalismus“, erklärte er, und rechtfertigte diesen Beschluss damit, dass die internationalen Reserven Venezuelas früher systematisch in den Tresoren der nordamerikanischen Banken deponiert wurden.

„Genauso wie die PDVSA (nationale Erdölfirma) von dort abhängig war, war die BCV von denen abhängig“, so dass das venezolanische Volk „völlig verklavt wurde“. Man muss darauf hinweisen, dass die Leitung der Zentralbank

(Forts. S. 12 links)

Zwei Unternehmen, die verstaatlicht werden

• **Die Comp nia An nima Nacional de Telefonos Venezuela**, allgemein bekannt unter dem Namen CANTV, ist ein Staatsunternehmen mit Sitz in Caracas, das 1991 privatisiert wurde. CANTV ist der Hauptbetreiber von verkabelten Telefonleitungen und hält große Marktanteile bei Handys und Internet. Sie ist die größte Firma in dem Sektor.

Die britische Zeitung »The Guardian« (9. Januar) weist darauf hin, dass „Chavez im letzten Jahr gedroht hatte, CANTV zu verstaatlichen, wenn sie nicht vollständig die sie betreffenden Gerichtsbeschlüsse einhalte und v.a. nicht die Renten an den aktuellen Mindestlohn koppelte, der von der Regierung mehrfach erhöht worden ist.

Nach Chavez' Erklärung haben die CANTV-Aktien – von der einzigen venezolanischen Firma, die an der New Yorker Börse notiert ist – sofort 14,2% an Wert verloren und sind auf 16,84 Dollar gefal-

len, bevor die B rsenleitung den Handel mit ihr aussetzte. Ein B rsensprecher sagte, er wisse nicht, wann der Handel wieder freigegeben werde.

Unter den Investoren mit größeren CANTV-Aktienpaketen finden sich wohlbekannte Namen an der Wall Street, wie Deutsche Bank Securities Inc., UBS Securities ALC und Morgan Stanley and Co. Doch der größte Aktionär scheint laut Thomson Financial die Firma Brandes Investment Partners, LP, zu sein, eine Investmentfirma aus Kalifornien. Die Julius Baer Investment Management LLC aus der Schweiz hält ebenfalls ein größeres Aktienpaket.“

• **Electricidad de Caracas**: größter privater Stromversorger in Venezuela. Er gehört heute der AES Corp. mit Sitz in Arlington, Virginia. AES ist ein multinationaler Energiekonzern mit Firmen in 26 Ländern und hat 2006 den Mehrheitsanteil von Electricidad de Caracas gekauft.

USA • Zwei Monate nach den amerikanischen Wahlen Bush kündigt neue Truppenverstärkungen im Irak an!

George W. Bush hat seinen neuen Plan für den Irak verkündet, der die Entsendung von 21.500 zusätzlichen Soldaten vorsieht. Im Augenblick ist ein wahrer Umbau des gesamten Militär- und Geheimdienstapparates im Gange.

General Casey wurde abgelöst durch General Petrallos. „Casey hatte sich skeptisch über eine Aufstockung der Truppenzahl im Irak gezeigt.“ (»International Herald Tribune«, 6. Januar 2007).

Einige Medien meinen, dass es sich dabei um eine Abweichung vom sog. Baker-Plan handelt, der von beiden Parteien (Demokraten und Republikaner) getragen wird. Das Wahlergebnis der Amerikaner, die gegen Bush stimmten, vertieft unaufhörlich die politische Krise in den USA.

Die »International Herald Tribune« (Januar 2007) berichtet: „Die Führer der neuen Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus haben am Freitag, den 5. Januar, Präsident Bush vor der Entsendung von Verstärkungen in den Irak, um die Sicherheit in Bagdad herzustellen, gewarnt“ mit der Begründung, das sei „eine Strategie, die bereits gescheitert ist“.

Die Tageszeitung »USA Today« veröffentlichte eine Meinungsumfrage des Gallup-Instituts, nach der sich nur 12% der US-Bürger für eine weitere Entsendung von US-Soldaten in den Irak aussprechen (zit. nach FR, 10. 1. 07).

**Seit Kriegsbeginn
3.012 US-Soldaten
gefallen, 22.000
Verwundete**



Anti-Kriegsdemonstration in den USA

»Le Figaro« stellt fest:

„Die Demokraten selbst, die die Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat haben, haben keine Alternative zur Strategie des Weißen Hauses (...). Es ist wenig wahrscheinlich, dass sie dem Präsidenten eine Verlängerung der Militärkredite verweigern“ (8. Januar 2007).

Bush betont die „gemeinsame Grundlage“ zwischen ihm und den Demokraten: „Uns allen wurde in einem entscheidenden Moment der Geschichte unseres Landes Verantwortung übertragen (...).

Gemeinsam müssen wir wichtige Taten vollbringen. Es ist an der Zeit, die Politik beiseite zu legen und sich auf die Zukunft zu konzentrieren“ (»Los Angeles Times«, 6. Januar 2007).

Nach Ansicht von Bush braucht man den „Konsens“ in den USA und auf Weltebene, was aber bedeutet, dass sich alle Länder hinter dem Sternenbanner sammeln sollen. Doch davon sind wir weit entfernt.

Hugo Chavez... (Forts. v. S. 11)

von Venezuela seit Monaten im Namen der „Sparpolitik“ (d.h. laut den Befehlen der internationalen Banken und Institutionen) einen versteckten Krieg gegen die Regierung Chavez führt. Sie klagt an, dass Chavez die Banktresore plündert, um die Sozialreformen zu finanzieren.

In einer Zeit, in der überall die Zentralbanken (wie die EZB in Europa) den ihnen gehorsamen Regierungen die Zerstörung der öffentlichen Dienste, des öffentlichen Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme diktieren, hält Chavez an seinem Kurs fest. So beschloss er z.B. Anfang Januar, 7 von 37 Milliarden Dollar Geldreserven aus Öleinkommen, die in den Kassen der BCV angehäuft waren, dem Fonds für die nationale Entwicklung zuzuweisen. Dieser dient v.a. dem Aufbau der öffentlichen Dienste und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. – **KORRESPONDENT**

(Dieser Beitrag stützt sich auf Berichte der Agencia Bolivariana de Noticias.)

Ein Aufruf von USLAW (1)

27. Januar: Demonstration in den USA für den Truppenabzug aus dem Irak

Am 27. Januar findet in den USA eine Demonstration mit Beteiligung von USLAW gegen den Krieg im Irak und dessen Besetzung statt. Wir drucken im folgenden Auszüge aus dem Bericht ab, der am 1. Dezember in einer USLAW-Versammlung in Cleveland gegeben wurde.

„Die Ablehnung der Republikaner in den Wahlen am 7. November hat viele von uns gefreut, weil sie die Schäden eindämmt, die von Bushs Politik hervorgerufen werden. Möglicherweise führt sie auch zur Verabschiedung von Elementen positiver Gesetze, wie z.B. der Erhöhung des Mindestlohns. Doch sie wird nicht das Kriegsende herbeiführen und keinen tiefgreifenden Wandel der Außenpolitik bewirken, wenn nicht von außen von der Bewegung, die für den Frieden kämpft, großer Druck ausgeübt wird.

Jede Strategie, die auf den ‘Sieg’ ausgerichtet ist, ist ein verschleierte Versuch, an den ursprünglichen Kriegszielen festzuhalten: die Erlangung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle über den Irak, was vor allem auf das Erdöl zielt (...).

Jede Kriegsminute kostet die USA 150.000 Dollar, d.h. der Gegenwert dessen, was 15 Arbeiter mit Mindestlohn in einem Jahr verdienen.

Der Irak-Krieg hat im November 2006 schon länger gedauert als der Zweite Weltkrieg. Die USA können nicht die Zukunft des Irak kontrollieren. Das ist allein Sache des irakischen Volkes, nicht der von den USA eingesetzten Marionetten. Es gibt Kräfte im Irak wie die Arbeiterbewegung, die Frauenbewegung und andere, die ihre Rolle beim Aufbau einer Zukunft für das irakische Volk spielen können.“

(1) US Labour Against the War: Bewegung von amerikanischen GewerkschafterInnen gegen den Irak-Krieg.